

NORBERT SPANNENBERGER

## ZWISCHEN HAKENKREUZ UND STEPHANSKRONE DER VOLKSBUND DER DEUTSCHEN IN UNGARN 1938–1944

Eine wichtige Auswirkung des Ersten Weltkrieges für die Deutschen in Ungarn bestand darin, dass sie mit reichsdeutschen Soldaten in Berührung kamen, was bislang Unbekanntes erwecken sollte: nationales Bewusstsein und ein Gefühl der Solidarität mit den Angehörigen der eigenen Nationalität. Die Zeitschrift *Oktoberrevolution* des Mihály Károlyi begrüßte es, dass sich die deutsche Minderheit in Ungarn in einem Nationalen Rat auf ethnischer Grundlage organisierte. Dieser vertrat unter der Leitung der Siebenbürger Sachsen eine klare minderheitenpolitische Programmatik.<sup>1</sup> Als Gegenpol trat ein in der Minderheitenpolitik bislang unbekannter Universitätsprofessor, Jakob Bleyer, auf und sprach einer politischen Interessenvertretung sämtlicher Minderheiten die Existenzberechtigung ab.<sup>2</sup> Bleyers Konzeption bejahte die „unanfechtbare ungarische Suprematie“ auch in der Minderheitenpolitik, und plädierte für eine zentralistische und konservative Regierungsform für Groß-Ungarn. Wir wissen, dass Bleyer schon 1917 zum konservativen Kreis des Ministerpräsidenten István Tisza zählte<sup>3</sup> und seine Ansätze über die „engen seelischen Verbindungen zwischen Ungartum und Deutschtum“ eine beliebte Parole von ungarischen und assimilierten Intellektuellen war. Diese sollten dazu instrumentalisiert

---

<sup>1</sup> Ausführlicher dazu siehe FRIEDRICH SPIEGEL-SCHMIDT, Die Arbeiterbewegung 1918/19 in Ungarn mit besonderer Berücksichtigung der Deutschen in Ungarn, in: Südostdeutsches Archiv 26/27 (1983/84), S. 125–138.

<sup>2</sup> Bisher sind zwei Biographien über Jakob Bleyer, beides Dissertationen, in deutscher Sprache erschienen: HEDWIG SCHWIND, Jakob Bleyer, Ein Vorkämpfer und Erwecker des ungarländischen Deutschtums, München 1960 (= Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerks, Reihe B, 14); MÁRTA FATA, Jakob Bleyer, Politischer Vertreter der deutschen Minderheit in Ungarn 1917–1933, Budapest 1991.

<sup>3</sup> Vgl. GERHARD SEEWANN, Das Ungarndeutschtum 1918–1988, in: Aspekte ethnischer Identität. Ergebnisse des Forschungsprojekts „Deutsche und Magyaren als nationale Minderheiten im Donauraum“, hg. v. EDGAR HÖSCH u. GERHARD SEEWANN, München 1991 (= Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission, 35), S. 299–303, hier S. 303.

werden, der „radikalen“ – wie etwa der sächsischen – Minderheitenpolitischer Wind aus den Segeln zu nehmen. Angesichts der Tatsache, dass die minderheitenpolitischen Ansätze der Revolutionsregierungen einen festen Bestandteil ihres gesellschaftspolitischen Programms gebildet hatten, war die Parteinahme zugunsten eines dieser minderheitenpolitischen Programme *nolens volens* auch eine Stellungnahme für oder gegen die Revolutionsregierungen. Auch wenn Bleyer versucht hatte, die Auseinandersetzung mit den Siebenbürger Sachsen, von ethischen oder religiösen in weltanschauliche Bahnen zu lenken, war dies nicht umsetzbar. Die Angehörigen des „sächsischen“ Lagers waren nämlich ebenfalls praktizierende, meist protestantische Christen, zu dessen führenden Persönlichkeiten zählte sogar auch der katholische Prälat und Sozialpolitiker, Alexander Gießwein.<sup>4</sup>

Nach den Revolutionen 1918/19 erhielt Bleyer im Herbst 1919 als Anerkennung für seine konterrevolutionären Aktivitäten auf eigenen Wunsch das Nationalitätenministerium. Im Gegensatz zur Bezeichnung des Ministeriums bestand dessen Aufgabe nicht in der Ausarbeitung einer künftigen Minderheitenpolitik der ungarischen Regierung, sondern in Aktivitäten, die die Abtretung Ober- bzw. Westungarns, des späteren Burgenlandes, vermeiden helfen sollte.<sup>5</sup> Doch diese Bemühungen waren erfolglos, den Verlust des Burgenlandes wertete die ungarische Öffentlichkeit als Bleyers persönlichen Misserfolg und sein Ministerium wurde aufgelöst. Bleyer selbst erfuhr erst zu diesem Zeitpunkt, dass das Nationalitätenministerium auch im Falle eines Erfolges geschlossen worden wäre. Darüber hinaus vertrat der Ministerrat im September 1919 die Haltung, dass die gerade erst im August verabschiedete Minderheitenverordnung des gegenrevolutionären Regimes wegen des Widerstandes der Verwaltungsbehörden nicht durchzuführen sei. Diese Argumentation blieb bis 1944 ein Leitmotiv der ungarischen Minderheitenpolitik.<sup>6</sup>

Infolge des Vertrages von Trianon vom 4. Juni 1920 wurde die Proportion von Mehrheits- und Minderheitenbevölkerung grundlegend verändert, denn der Anteil der nichtungarischen Nationalitäten schrumpfte auf 10,4%

<sup>4</sup> IRMA STEINSCH, Die Entwicklung der deutschen Volkstumsforschung in Ungarn vom ersten Weltkrieg bis zum Wiener Vertrag, in: Deutsche Ostforschung (1943), S. 531-551, hier S. 532. Bleyer bezeichnete seine Gegenpartei nicht nur als „Träumer alddeutscher Prägung“, sondern auch als „Vaterlandsverräter“ und „kommunistische Sympathisanten“. Vgl. FATA (wie Anm. 2), S. 94.

<sup>5</sup> Geständnis von Antal Pótz am 6. Mai 1946, in: Belügyminisztérium Dokumentációs Osztályának Irattára [Archiv der Dokumentationsabteilung des Ungarischen Innenministeriums, im folgenden zitiert als BMDOI], V-89906.

<sup>6</sup> Ausführlich dazu siehe NORBERT SPANNENBERGER/GYÖRGY STEUER, Regierungs-kommissar für die deutsche Minderheit in der Bethlen-Ära, in: Suevia Pannonica. Archiv der Deutschen aus Ungarn 17 [27] (1999), S. 65-81.

zusammen. Ihre kompakten Siedlungsgebiete kamen unter die Oberhoheit der neuen Nachbarstaaten Ungarns, wobei insbesondere die Serben und Rumänen eine immer repressivere Minderheitenpolitik verfolgten. Unter den beim restlichen Ungarn verbliebenen Minderheiten war die deutsche mit 7% der Gesamtbevölkerung die größte. Sie verfügte allerdings über keine politische, wirtschaftliche oder kulturelle Interessenvertretung und hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung war sie stark agrarisch geprägt: 56% der Ungarndeutschen lebten auf dem Land und gehörten dem Bauernstand an. Viele stiegen zwar sozial auf, doch dieser Aufstieg war meist mit einer vollständigen Assimilation verbunden, während unter dem Bauerntum das ethnische Bewusstsein weiterhin intakt blieb. Die quantitative „Größe“ stand also ihrer sozio-politischen Schwäche diametral entgegen.

Der Vertrag von Trianon löste allgemeine Verbitterung in der ungarischen Öffentlichkeit aus. Außer den Siegermächten und den Nachbarstaaten fand sie einen weiteren, einen inneren Feind, den sie für die Katastrophe verantwortlich machte: die nichtungarischen nationalen Minderheiten. Die vom politischen Katholizismus gelenkte *Neue Post* erklärte: „Wenn Ungarn stirbt, so habt ihr [nämlich die Nationalitäten, N. Sp.] es ermordet!“<sup>7</sup> Die vom Vertrag von Trianon aufgeputschte ungarische Öffentlichkeit schrieb den Minderheiten die Schuld am Zerfall Ungarns zu, den sie als das Ergebnis einer „Verschwörung“ sah. Von dieser Wahrnehmung ausgehend war die Forderung nach Schaffung eines ethnisch einheitlichen und somit „starken“ Ungarns ein folgerichtiger Schritt.<sup>8</sup> Dies waren die Umstände, unter denen Bleyer – wie erwähnt – die Lenkung der Geschicke der deutschen Minderheit übernahm. Bleyer modifizierte nach eigener Darstellung aber seine Haltung: Zwar ging er weiterhin davon aus, dass die ungarische Gesellschaft auf die Assimilation der Minderheiten angewiesen und dies ein Ziel von Minderheitenpolitik sei, gegen das er nichts einzuwenden hatte. Das Bauerntum wollte er jedoch davor bewahren, wenn es auch für die „große nationale Aufgabe“, die Revision der Bestimmungen des Vertrages

---

<sup>7</sup> Zitiert nach ROLF FISCHER, Entwicklungsstufen des Antisemitismus in Ungarn 1867–1939. Die Zerstörung der magyarisch-jüdischen Symbiose, München 1988 (= Südost-europäische Arbeiten, 85), S. 128.

<sup>8</sup> Mit Recht stellt der amerikanische Historiker Thomas Spira fest: „When at the cost of two-thirds of her territory and population Hungary came close to being a pure Magyar ethnic state after World War I, the Magyars determined to eliminate every vestige of non-Magyars elements from their nation's culture“. DERS., Connections between Trianon Hungary and National Socialist Germany, and the Swabian Minority School Problem, in: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht 15 (1974), S. 240–258, hier S. 240. Siehe auch: LÁSZLÓ RAVASZ, A nemzeti egység lelke [Die Seele der nationalen Einheit], Szeged 1932.

von Trianon, in Dienst genommen werden sollte.<sup>9</sup> Bleyer stellte damit also einen direkten Zusammenhang zwischen ungarischen Revisionsbestrebungen und regierungsamtlicher Minderheitenpolitik her, und dieser Kurs hatte bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Gültigkeit. Bleyers „Deutsch-Ungar“ These schloss die Zusammenarbeit mit den deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten bzw. eine „gesamtdeutsche Politik“ aus. Doch dies ließ sich in der Praxis allerdings nicht vollständig umsetzen: Bleyer wusste, dass er bei der politischen Elite Ungarns immer weniger Vertrauen genoss und unterstützte deshalb den Ministerpräsidenten István Bethlen (1921–1931). Bleyers Ungarländischer Deutscher Volksbildungsverein entsprach den Bedingungen der Zeit, wobei dies teilweise auch seiner konservativen Persönlichkeit entsprang: In der Leitung befanden sich zahlreiche prominente Persönlichkeiten des politischen Katholizismus, die „Schirmherrschaft“ übernahm der Ministerpräsident selbst und alle relevanten Entscheidungen sollten im „Einvernehmen“ mit der Regierung getroffen werden.<sup>10</sup>

Solche Zugeständnisse dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass für die ungarische Öffentlichkeit selbst dies zu weit ging. Sie verlangte die Einstellung jeder minderheitenpolitischer Betätigung. Trotzdem ließ Bethlen den Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein aus zwei Gründen zu: Erstens konnte so im Ausland das Bild einer „progressiven“ Minderheitenpolitik leichter gepflegt und gleichzeitig konnte die deutsche Minderheit für die Politik des Ministerpräsidenten, wie etwa gegen die Sozialdemokraten, instrumentalisiert werden.<sup>11</sup> Zweitens waren sowohl Ungarn als auch das Deutsche Reich an der Intensivierung freundschaftlicher Beziehungen interessiert, wobei die Minderheitenfrage nicht im Weg stehen sollte. Bethlen gelang auf diese Weise nicht nur die enge Anbindung der Anführer der deutschen Minderheit an die Regierungspolitik, sondern auch deren Integration in die politische Elite. Allerdings sah die gesellschaftliche Elite

<sup>9</sup> Eine ausführliche Behandlung der Revisionspolitik siehe bei ANIKÓ KOVÁCS-BERTRAND, *Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg. Der publizistische Kampf gegen den Friedensvertrag von Trianon (1918–1931)*, München 1997.

<sup>10</sup> Der hervorragende Kenner der ungarischen Geschichte dieser Zeit, Macartney, schrieb zutreffend über den Volksbildungsverein: „It was stigmatized by Swabian public opinion as mere window dressing“, wenn auch dieses Gefühl erst Mitte der dreißiger Jahre, angesichts der Misserfolge dieser Organisation, aufkam. CARLILE AYLMER MACARTNEY, October fifteenth. A history of modern Hungary 1929–1945, Edinburgh 1956 (= Edinburgh University Publications. History, philosophy and economics, 6), hier Bd. 1, S. 70.

<sup>11</sup> Ein Paradebeispiel für diese Zusammenarbeit lieferten die Parlamentsreden Bethlens und Bleyers am 29. Mai 1929, in der Bethlen im Dienste der Revision die Lösung der Minderheitenfrage versprach und Bleyer die Sozialdemokraten angriff. Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Weiteren: PA AA), R 74139.

die Minderheitenführer nicht als salonfähig an. Die deutsche Gesandtschaft in Budapest berichtete im Januar 1924 nach Berlin:

„Ich möchte sagen, daß von allen ungarischen Staatsmännern und Beamten, mit denen ich hier zu tun hatte, Graf Bethlen derjenige ist, der mir in Bezug auf Deutschfreundlichkeit das meiste Vertrauen einflösst [...]. Vom deutschen Standpunkt wäre es ungemein zu begrüßen, wenn Graf Bethlen recht lange am Ruder bliebe.“<sup>12</sup>

Seiner Meinung nach war allein Bethlen derjenige, der die deutsche Minderheit vor den Chauvinisten (wie etwa Gyula Gömbös) beschützen konnte. Der Gesandte legte dem Auswärtigen Amt nahe, auf die Presse der deutschen Minderheiten in Südosteuropa einzuwirken, damit diese mit ihren Angriffen auf Ungarn aufhörten und Bethlens Minderheitenpolitik positiv kommentierten.<sup>13</sup> Vertrauen zu Bethlen und vorsichtige Kooperation mit Bleyer charakterisierten die Patronagepolitik der Weimarer Republik gegenüber den Ungarndeutschen. Eine wichtige Rolle spielte dabei, dass Bethlens Vertrauensmann an der Spitze des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins, Gustav Gratz, gleichfalls das Vertrauen der Reichsstellen genoss. „Gratz ist bekanntlich ein Anhänger der deutsch-freundlichen Orientierung in Ungarn“ – stellte der deutsche Gesandte schon 1921 fest.<sup>14</sup>

Bis etwa 1930 konnte unter diesen Prämissen eine größere Konfrontation in der Minderheitenfrage vermieden werden. Im November 1930 fertigte das Ministerpräsidium einen Bericht über die „tatsächliche Lage“ der Minderheiten an. Demnach bedeuteten die Minderheiten für die Gesamtbevölkerung Ungarns keinerlei Gefahr und nur 3,2% von ihnen beherrschten die offizielle Landessprache nicht. Die Verfasser des Berichtes zeigten sich mit der Minderheitenpolitik der Regierung zufrieden und als Beweis dafür führten sie an, dass die deutsche Minderheit nicht nach einer eigenen Partei strebte.<sup>15</sup> Diese „einzigartige Konstellation in ganz Europa“ hoben die Verfasser besonders hervor. Einige Tage später erstellte dieselbe Abteilung des Ministerpräsidiums ein zweites Gutachten, in dem die Außenpolitik Bismarcks wurde die von Stresemann weniger günstig kommentiert, weil diese mit dem Konzept der „Kulturnation“ die deutschen Minderheiten für

<sup>12</sup> Bericht von Welczeck vom 8. Januar 1924, PA AA, R 30531 k.

<sup>13</sup> Bericht von Maltzan vom 27. Mai 1923, in: Ebd.

<sup>14</sup> Bericht Fürstenbergs vom 19. August 1921, PA AA, R 74141.

<sup>15</sup> Die Lage der Sprachminderheiten in Rumpf-Ungarn, siehe: Magyar Országos Levéltár [Ungarisches Staatsarchiv, Budapest, im folgenden MOL, Miniszterelnöki iratok [Schriften des Ministerpräsidiums, im Weiteren: ME], K 28, Fasc. 13, Tit. 57.

die eigenen Zwecke instrumentalisieren wolle. Diese Gefahr sah man in Budapest auf dem Gebiet des früheren „Groß-Ungarns“ (sic!) gegeben: Etwa im nunmehr rumänischen Sathmar oder in der jugoslawischen Batschka, wo in den bereits magyariserten Volksschulen wieder die deutsche Unterrichtssprache eingeführt worden war. Nach Ansicht des Ministerpräsidiums konnte diese Entwicklung keineswegs der eigenen Revisionspolitik dienen. Innerhalb der deutschen Minderheit in Ungarn wurde zwar eine „gewisse Sympathie“ für die „Volksgemeinschaft“ konstatiert, doch dieser glaubte man durch eine engere Kooperation mit Berlin entgegenwirken zu können. Im Gutachten wurde die Befürchtung, Berlin wolle diese Minderheiten für eine eigene Expansionspolitik instrumentalisieren, für gegenstandslos erklärt.<sup>16</sup>

Aus einem ganz anderen Grund erwies sich das Jahr 1930 in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn dennoch als Zäsur. Die Ergebnisse der Volkszählung von 1930 wirkte alarmierend auf die Führung des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins, denn der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung war von 6,9% auf 5,5% gesunken. Nicht ohne Schadenfreude stellte der namhafte ungarische Statistiker Alajos Kovács in diesem Zusammenhang fest: „Gewiss hat es niemals vorher einen solchen Rückgang gegeben.“<sup>17</sup> Diese Entwicklung führte zu Spannungen unter den Führungspersönlichkeiten der deutschen Minderheit. Während Bleyer sich stets gegenüber einer radikalen Richtung, die in der Person von Guido Gündisch personifiziert war, wehren musste, kam nunmehr auch vom gemäßigten Flügel Kritik, Bleyer hätte sich allzu blind an Ministerpräsident Bethlen angelehnt. Zugleich begann auch der Ministerpräsident schon allein die Person Bleyers als Belastung zu empfinden.<sup>18</sup> Die Machtübernahme des bekannten Angehörigen der ungarischen Rasseschutzpartei, Gyula Gömbös, übertraf allerdings die schlimmsten Befürchtungen der Minderheitsführer. Bleyer wusste über die früheren Machenschaften des neuen Ministerpräsidenten viel zu viel. Sein Brief an Gratz markierte nach außen eine Wende in seiner Haltung, die er innerlich schon längst vollzogen hatte: Die Rettung der deutschen Minderheit sah Bleyer nunmehr in Berlin bzw. im „Gesamtdeutschum“.<sup>19</sup> Gratz jedoch ging in seiner Antwort definitiv davon aus, dass die Minderheitenfrage niemals Verhand-

<sup>16</sup> Memorandum vom 18. November 1930, MOL, ME, K 28, Fasc. 13, Tit. 57.

<sup>17</sup> ALAJOS KOVÁCS, A németek helyzete Csonka-Magyarországon a statisztika megvilágításában [Die Lage der Deutschen in Rumpf-Ungarn im Spiegel der Statistik], Budapest 1936.

<sup>18</sup> FATA (wie Anm. 2), S. 242.

<sup>19</sup> Der Brief abgedruckt in: GUSTAV GRATZ, Deutschungarische Probleme, Budapest 1938, S. 16-19.

lungsgegenstand der bilateralen Beziehungen werden dürfe. Doch auch die ungarische Regierung wollte einen neuen Kurs in ihrer Minderheitenpolitik einschlagen. Gömbös begrüßte als erster europäischer Regierungschef Hitlers Machtantritt<sup>20</sup> und schlug sofort eine Zusammenarbeit dahingehend vor, dass die deutschen und ungarischen Minderheiten in den Staaten der Kleinen Entente in der Frage der ungarischen Revisionsbestrebungen zusammenarbeiten sollten. Während Hitler dazu sofort bereit gewesen wäre, warnte das Auswärtige Amt ausdrücklich vor einem solchen Schritt.<sup>21</sup>

Bleyer konnte bis 1932 seine engsten Mitarbeiter als inoffizielle Gruppe unter dem Namen Deutsche Arbeitsgemeinschaft zusammenfassen, die die Minderheitenfrage ganz bewusst in die politische Schiene lenken wollte. Dies gelang schließlich jedoch aus zwei Gründen nicht: Bleyer verstarb im Dezember 1933, womit vorübergehend selbst die Existenz des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins in Frage gestellt wurde,<sup>22</sup> und die Deutsche Arbeitsgemeinschaft war zu heterogen. Eine Fraktion wollte lediglich einen effizienteren Kurs in der Nationalitätenpolitik einschlagen. Eine weitere unter der Leitung von Franz Kußbach wollte das Minderheitenproblem mit Mitteln der Parteipolitik lösen. Zu dieser Gruppe gehörte auch Franz Basch. Wie in ganz Ungarn gärte es aufgrund der Wirtschaftskrise auch unter den Deutschen und im Gegensatz zur Bethlen-Ära zeigten sie nicht mehr für die zunehmend faschistoide Regierungspartei unter Gömbös Sympathien, sondern für die Partei der Kleinlandwirte.<sup>23</sup> Dies bedeutete, dass sie aus der Opposition heraus Politik würden betreiben müssen, womit Bleyer in den zwanziger Jahren schon einmal gescheitert war. Eine solche Strategie war für die deutsche Minderheit umso gefährlicher, als die Beziehungen zwischen der Gömbös- und der Hitler-Regierung außerordentlich gut waren und aus dem Blickwinkel Berlins die deutsche Minderheit bis 1937 eine weitgehend untergeordnete Rolle spielen sollte. Eine dritte Fraktion wurde von Franz Rothen personifiziert, der nach der Wahlniederlage der deutschen Bewegung 1935, die zusammen mit den Kleinlandwirten angetreten war, sowohl zu den ungarischen als auch zu

<sup>20</sup> Dazu ausführlich GYULA JUHÁSZ, Magyarország külpolitikája 1919-1945 [Ungarns Außenpolitik 1919-1945], Budapest 1988, S. 137-141.

<sup>21</sup> Bundesarchiv Berlin (weiter: BArch Berlin), R 43 II./1501.

<sup>22</sup> GRATZ (wie Anm. 19), S. 27.

<sup>23</sup> Siehe dazu JÓZSEF VONYÓ, Kulturelles Leben und politische Stellungnahme der Deutschen im Komitat Baranya in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, in: Specimina nova Universitatis Quinquecensiensis (1986), S. 45-54.

den deutschen Nationalsozialisten enge Kontakte aufgebaut hatte.<sup>24</sup> Die oppositionelle Wahlkampagne und die Tatsache, dass Berlin Gömbös gegenüber die deutsche Minderheit fallen ließ, begünstigte ein hartes Durchgreifen der ungarischen Regierung. Ein Angehöriger der jüngeren Generation der Führungsriege der deutschen Minderheit, Franz Basch, wurde mit dem Vorwurf der „Schmähung der Nation“ vor Gericht gestellt und verurteilt.<sup>25</sup> Der Versuch, Basch auf diese Weise zu ächten und zu stigmatisieren wirkte in Hinblick auf die Minderheit integrierend: Zahlreiche Führungspersönlichkeiten innerhalb des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins solidarisierten sich mit Basch und schlossen sich mit ihm in der Volksdeutschen Kameradschaft, einer oppositionellen Bewegung innerhalb des Volksbildungsvereins, zusammen.

Schon die Auseinandersetzung in der Presse anlässlich der Bestattung Bleyers machte deutlich, wie sehr die Atmosphäre in der Minderheitenfrage vergiftet war.<sup>26</sup> Schon der Gedanke, dass eine ethnische Minderheit ein Recht auf die Formulierung eigener Interessen und deren Vertretung habe, wurde von ungarischer Seite kategorisch abgelehnt und Minderheitenpolitiker generell kriminalisiert.<sup>27</sup> Der deutschstämmige Pfarrer und Opponent des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins, Konrad Heckenberger, stufte gar „die sich entfaltenden Keime einer Nationalitäten-

<sup>24</sup> Mit Hilfe der Reichsstellen floh er 1939 ins Reich, wo er dank des SS-Hauptamtes im Auswärtigen Amt eine Stelle bekam. Bis 1944 arbeitete er – allerdings mit bescheidenem Erfolg – weiter an einer Kooperation zwischen der deutschen Minderheit und den ungarischen Rechtsradikalen. Mündliche Mitteilung von Wilhem Höttl an den Verfasser am 4. März 1998.

<sup>25</sup> Zur Person Franz Basch siehe: Akten des Volksgerichtsprozesses gegen Franz A. Basch, Volksgruppenführer der Deutschen in Ungarn, Budapest 1945/46, hg. v. GERHARD SEEWANN u. NORBERT SPANNENBERGER, München 1999 (= Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission, 37); LORÁNT TILKOVSZKY, Vád, védelem, valóság. Basch Ferenc a népbíróság előtt [Anklage, Verteidigung, Wirklichkeit. Franz Basch vor dem Volksgericht], in: Századok 130 (1996), S. 1393-1450.

<sup>26</sup> Siehe dazu in: Nation und Staat 7 (1933-34), S. 247 ff. Die studentische Jugend hatte gegen den toten Bleyer demonstriert und sein Grab geschändet, indem sie das Kreuz öfters umwarf, dies bedurfte freilich keines weiteren Kommentars. Siehe in: Die Getreuen 12 (1935), S. 55. Einen Bleyer-freundlichen Standpunkt vertraten Josef Bajza in der Zeitschrift *Katolikus Szemle*, die katholische Reformjugend um die Zeitschrift *Korunk Szava* sowie die Vertreter der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern. BÉLA BELLÉR, A Volksbildungsvereintől a Volksbundig 1933-1938 [Vom Volksbildungverein zum Volksbund 1933-1938], Budapest 2002, S. 6 f.

<sup>27</sup> Es war eine für die Zeit typische Äußerung des katholischen Priesters László Pintér in seiner Parlamentsrede im Mai 1927, wonach die Minderheitenfrage in Rumpfungarn eine qualitativ andere sei als vor dem Weltkrieg, da Ungarn nunmehr ein einheitlicher Nationalstaat sei. Hier zitiert nach FRANTISEK SVOJSE, Die Unterdrückung der Deutschen in Ungarn, Uzhhorod 1927, S. 21.

politik“ als Gefahr ein.<sup>28</sup> Der Tod von Gömbös 1936 lässt die Frage offen, zu welchem Ergebnis sein Konfrontationskurs als ungarischer Regierungschef geführt hätte. Fakt ist, dass Gömbös auf eine offensive Bekämpfung der deutschen Bewegung setzte und damit die Chance verspielte, vor der Intervention nationalsozialistischer Parteistellen die ungarische Minderheitenpolitik befriedigend zu lösen, und damit eine Einmischungsmöglichkeit von außen abzuwehren. Die Jahre 1936/37 waren in jeder Hinsicht ein Tiefpunkt für die deutsche Minderheit in Ungarn. Auch das nationalsozialistische Deutschland unterstützte sie weder finanziell noch auf der diplomatischen Ebene, finanzielle Zuwendungen erfolgten lediglich durch den Volksbund (früher Verein) für das Deutschtum im Ausland (VDA).<sup>29</sup>

Der Nachfolger von Gömbös als Ministerpräsident, Kálmán Darányi, wurde bald mit einer neuen Situation konfrontiert: Die Realisierung von Revisionsansprüchen, deren Einforderung allmählich zur rhetorischen Übung erstarrt war, rückten plötzlich in greifbare Nähe. Im November 1937 teilte Lord Halifax Hitler mit, Großbritannien unterstützte die deutschen Pläne einer Neugestaltung der europäischen Landkarte. Bis zu dieser Zeit konnten auch sämtliche Deutschtumsvereine, als letzter der VDA, gleichgeschaltet werden. Diese waren mittelbar oder unmittelbar von der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi) abhängig, die wiederum von der Schutzstaffel (SS) gelenkt wurde. Die Frage der deutschen Minderheiten im Ausland erhielt damit neuen Auftrieb, denn innenpolitisch wie organisatorisch stand deren Instrumentalisierung im Sinne der nationalsozialistischen Volksgruppenpolitik nichts mehr im Wege.<sup>30</sup> Im November 1937 fuhr Ministerpräsident Darányi nach Berlin, um über die anstehenden Grenzrevisionen zu verhandeln. Anlässlich dieses Besuches führte der zuständige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hans-Georg von Mackensen, gesonderte Gespräche über die deutsche Minderheit in Ungarn. Er machte seinem Gesprächspartner, dem Abteilungsleiter für Minderheitenfragen im Ministerpräsidium, Tibor Pataky, klar, dass die deutsche Diplomatie im Gegensatz zu den vergangenen Jahren die deutsche Minderheit als wichtigen Bestandteil der zwischenstaatlichen Beziehungen betrachte und bat um einen Neubeginn in dieser Frage. Er befürwortete die Gründung eines

---

<sup>28</sup> NORBERT SPANNENBERGER, „Die deutsche Frage als Gefahr“. Anmerkungen zum Zerfall der Ortsgruppen des „Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins“ in Süd-Transdanubien 1936–1938, in: Siebenbürgische Semesterblätter 9 (1995), S. 169–180.

<sup>29</sup> Schreiben Schwagers an das Reichsfinanzministerium vom 9. Dezember 1937 und seine Aufzeichnung vom 7. Februar 1938, PA AA, Inland II.D, R 100562.

<sup>30</sup> Zum Prozess der Gleichschaltung der Deutschtumsverbände ausführlich: HANS-ADOLF JACOBSEN, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt/M., Berlin 1968.

neuen Vereins und lehnte Gustav Gratz als dessen mögliche Führungsfigur ab. Beide waren sich darüber einig, dass der Führer der Volksdeutschen Kameradschaft, Professor Richard Huß, ebenfalls nicht für eine solche Funktion in Frage käme und so schlug Mackensen Franz Basch vor, der seiner Meinung nach nicht nur eine geeignetere Person, sondern bei „einem gewissen Maß an Entgegenkommen“ auch zur Kooperation bereit sei.<sup>31</sup> Nach dem Bericht des Staatssekretärs markierte dieses Gespräch einen Wendepunkt und schon im Februar 1938 tauchten die sudetendeutschen Politiker Karl Herrmann Frank und Franz Künzel in Budapest auf, um über die Zusammenarbeit der deutschen und der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei zu verhandeln. Zugleich nahm das Ministerpräsidium heimlich Kontakt zu Basch auf, um die Rahmenbedingungen einer neu zu gründenden Organisation zu erörtern<sup>32</sup> – nach außen änderte sich für die deutsche Minderheit allerdings zunächst nichts.

All dies ereignete sich zu einem Zeitpunkt, als die ungarische Minderheitenpolitik an einem toten Punkt gelangt war: Die 1935 von Gömbös eingeleitete Schulreform erwies sich als Farce, die deutsche Minderheit entfernte sich zusehends von der Regierungspartei, so dass die aus der Zeit der Bethlen-Ära stammende Fiktion kongruierender Interessen von Regierung und deutscher Minderheit nicht mehr beschworen werden konnte. Währenddessen verfolgten die Behörden wahllos jene Personen, die entweder mit dem Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein oder der Volksdeutschen Kameradschaft sympathisierten, was zum Bruch zwischen dem Ministerpräsidenten und Gratz als dem Vorsitzenden des Volksbildungsvereins führte. Gratz verlangte eine grundlegend neue Minderheitenpolitik der Regierung<sup>33</sup> und weigerte sich, lediglich als ihr Instrument zu fungieren. Da Darányi dazu nicht bereit war, trat er von seinem Amt zurück. Dieses übernahm der assimilierte Geistliche, László Pintér – jener Mann, der noch 1926 die Eindämmung der Tätigkeit des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins gefordert hatte, weil dieser angeblich für die Einheit der Nation schädlich sei. Doch der Zerfall des Volksbildungsvereins war nicht mehr aufzuhalten und es war auch nicht mehr zu verschleiern, mit wem viele seiner Mitglieder sympathisieren: mit der Basch-Gruppe.<sup>34</sup> Spätestens jetzt rächte sich die Erstarrung in der ungarischen Minderheitenpolitik: Als Instrument griff die Regierung weiterhin nur auf einen Austausch von Führungsfiguren (wie jetzt am Beispiel der Person

<sup>31</sup> Aufzeichnung Mackensens vom 24. November 1937, PA AA, R 29960.

<sup>32</sup> Günser Zeitung vom 27. November 1938.

<sup>33</sup> Zusammenfassender Bericht von Gratz, MOL, ME, K 28, Fasc. 97, Tit. 196.

<sup>34</sup> Siehe SPANNENBERGER, „Die deutsche Frage als Gefahr“ (wie Anm. 28), S. 169-180.

Gratz') und auf die Mobilisierung diverser Massenorganisationen zurück. Im akuten Fall war dies jetzt der Volksbildungsverein, später waren dies die Vereine des politischen Katholizismus.<sup>35</sup>

Die internationalen Ereignisse überstürzten sich ab Ende 1937 und Ungarn lehnte sich immer mehr an die Politik des Dritten Reiches an. Ministerpräsident Béla Imrédy, der im November 1938 zum Rücktritt gezwungen wurde, konnte im Auftrag des Reichsverwesers Horthy eine zweite Regierung aufstellen. Um dabei die Unterstützung Berlins sicherzustellen, gab er unter anderem zu erkennen, dass er bereit sei, die Volksdeutsche Kameradschaft zu legalisieren.<sup>36</sup> In der Forschung wird diese Haltung Imrédy als Schwäche oder Opportunismus ausgelegt. War es das tatsächlich? Imrédy setzte lediglich eine Variante der Minderheitenpolitik von Gömbös in die Tat um: Zur Wahrung der außenpolitischen Interessen Ungarns wurde die minderheitenpolitische Karte ausgespielt, die Taktik des *do ut des* konnte seit 1932 zum ersten Mal umgesetzt werden. Die Umstände hatten sich allerdings insofern geändert, als nicht mehr Ungarn der Initiator war, sondern das Dritte Reich. Dennoch: spätestens seit November 1937 rechnete die Regierung in Budapest damit, unter Umständen dem Druck aus Berlin auch in der Minderheitenpolitik nachgeben zu müssen – wenn auch nur partiell. Dies bedeutete jedoch nicht, dass sie aufgehört hätte, Emanzipationsbemühungen der deutschen Minderheit weiterhin zu unterdrücken. Monatelang wurde z.B. die Genehmigung der neuen Organisation, die Volksbund der Deutschen in Ungarn (VDU) heißen sollte, hinausgezögert. Stattdessen befürwortete die Budapester Regierung die Fusion mit dem Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein, um die Kontrolle über die Minderheit nicht zu verlieren. Das Gezerre um die Gründung des VDU bedeutete auch nicht das Ende der defensiven Haltung gegenüber Berlin in Fragen, die die deutsche Minderheit in Ungarn betrafen – diese blieb bis zum März 1944 ein fester Bestandteil der ungarischen Politik, sofern nicht ein Abweichen von diesem Kurs der ungarischen Regierung in bestimmten Situationen größeren Nutzen versprach.

Die Gründungsveranstaltung des VDU fand schließlich am 26. November 1938 in Budapest unter ziemlich merkwürdigen Umständen statt. Die

<sup>35</sup> Dabei befürworteten eine genuin neue Minderheitenpolitik auch regierungskonforme Politiker, wie Kultusminister Bálint Hóman oder Miklós Mester, siehe: Basch-Prozess. Aussage von Miklós Mester, in: BMDOI, V-128417/a. sowie Hóman-Tagebuch. Auszüge, in: Ebd., A-742, S. IX/127-131.

<sup>36</sup> Die internationalen Aspekte der Zulassung des VDU behandelte Loránt Tilkiovszky ausführlich in seinen Arbeiten, vgl. DERS., Ungarn am Vorabend des Zweiten Weltkrieges (1938-1939), in: Specimina nova (1989), S. 189-195; DERS., Revízió és nemzetiségpolitika Magyarországon 1938-41 [Revision und Nationalitätenpolitik in Ungarn 1938-41], Budapest 1974.

Organisatoren hatten lediglich zwei Tage für die Vorbereitungsmaßnahmen. Dennoch kamen aus über 150 Gemeinden etwa 1.000 Teilnehmer. Nachdem die ungarische und ungarndeutsche Hymne („Seid gegrüßt ihr deutschen Brüder!“) verklungen war, hielt Basch eine Festansprache mit der Kernaussage: „*Volksgruppen müssen ihr Volkstum allein schützen. Sie müssen sich für ihren Volkstumsschutz eigene völkische Bollwerke schaffen.*“ Basch beteuerte, dass der VDU genau diese Rolle wahrnehmen wolle. Deshalb versprach er, „nicht einmal mit unseren Widersachern [zu] rechten oder gar [zu] hadern, denn unser Volksbund soll die Heimstätte aller Deutschen in Ungarn werden.“ Dabei „kennen wir *keine Altersgrenzen* und kein Geschlecht, keine Konfession und keine Berufsstände, keine Stammes- und Klassenunterschiede.“<sup>37</sup> Die Veranstaltung wurde mit dem „ungarischen Credo“, dem Bekenntnis zur Auferstehung Groß-Ungarns beendet. Die Botschaft der Festansprachen war deutlich: Die Emanzipation dieser Minderheit verkörperte sich im VDU und erfolgte im Einvernehmen mit der Budapester Regierung. Die neue Organisation war nicht als Kampfansage an Andersdenkende innerhalb der Volksgruppe und schon gar nicht als Aufbruch einer ideologischen Offensive, etwa im Zeichen des Nationalsozialismus, gedacht. Viel mehr sollte sie nach der Intention der Gründer geistige Heimstätte für alle Deutschen in Ungarn sein. Der VDU sollte integrieren und nicht polarisieren. Deshalb wurde auch ein parteipolitisches Engagement seitens der neu gegründeten Organisation von ihrer Führung abgelehnt.

War dieser Festakt ein Durchbruch der nationalsozialistischen Variante der Volksgruppenpolitik? In der Tat stand diese Veranstaltung unter dem Druck aus Berlin und die Beschwörung des „Muttervolks“ im Reich mit Hitlergruß im Rahmen des Gründungsaktes dürfte diese Einschätzung auf den ersten Blick nur untermauern. Die Akzente aber lagen woanders: Die junge Generation aus der ehemaligen Führung des VDU suchte im Gegensatz zu den frühen zwanziger Jahren nicht nach einer Synthese, also nach einer Formel, wie man „als Ungar auch Deutscher sein konnte“, da ihre „eigene, ethnische Identität“ fraglos war, sondern sie suchte nach einer Lösung, wie man als Deutscher in Ungarn in der Lage sein konnte, „weiterhin zu existieren, sich zu behaupten“. Gerhard Seewann ist uneingeschränkt zuzustimmen, als er feststellte, dass die Wurzeln dieser Ideenwelt „genetisch in keinem näheren Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus“ standen, sondern viel mehr in der Tradition des Minderheitenschutzes der zwanziger Jahre.<sup>38</sup> Das vom Volksbund verkündete Dissimulationsprogramm war defensiver Natur angesichts der drohenden und von der

---

<sup>37</sup> Kursiv im Original, in: Deutscher Volksbote vom Dezember 1938.

<sup>38</sup> SEEWANN, Das Ungarndeutschum (wie Anm. 3), S. 306 f.

Gesellschaft forcierten Magyarisierung und entsprang nicht einer ideologischen oder parteipolitischen Zielsetzung. Die praktischen Forderungen der Volksbundsführung nach wirtschaftlichen, karitativen und sozialen Einrichtungen sprengten keinesfalls den Rahmen der Interessenwahrung der übrigen Minderheiten in Europa. Auch der ungarische Historiker Béla Bellér sah im Programm des VDU nicht „die minimale Variante eines maximalen [d.h. nationalsozialistischen, N. Sp.] Programms“, sondern ein spezifisches, den ungarischen Verhältnissen entsprechendes Programm.<sup>39</sup> Der VDU von 1938 war also nach der Intention seiner Gründer eine späte Form einer ethnopolitischen Organisation nach dem Vorbild von Organisationen anderer Minderheiten in Europa der Zwischenkriegszeit.

Dabei irrte sich Basch, wenn er annahm, dass die Zulassung des VDU ein Wendepunkt in der Minderheitenpolitik der ungarischen Regierung darstellte. So schrieb Basch im November 1938 in der *Günser Zeitung*:

„Im Laufe des letzten Jahres hatte ich des öfteren Gelegenheit, mit ungarischen Politikern im In- und Ausland zu sprechen. Im Banne der stets aufrichtig geführten Aussprachen fand ich unter diesen Männern keinen einzigen, der schließlich nicht zugegeben hätte, daß in der praktischen Behandlung der deutschen Volksgruppenfrage in Ungarn endlich grundsätzlicher Wandel geschaffen werden müsse.“<sup>40</sup>

Dem widersprach aber die Tatsache, dass der Volksbund erst im April 1939 von der Regierung unter Pál Teleki offiziell genehmigt wurde und dabei die Satzung so verstümmelt wurde, dass vom VDU lediglich ein Kulturverein übrig blieb. Von den ursprünglichen Zielen des Volksbundes blieb so gut wie nichts übrig – zugleich musste auch die selbstgesetzte Auflage, sich von der Parteipolitik in Ungarn fernzuhalten, auf Druck aus Berlin fallen gelassen werden. Berlin legte der Budapest Regierung nahe, die im November 1937 erörterte Kooperationsmöglichkeit mit der deutschen Minderheit in die Tat umzusetzen. Dabei mochte Ministerpräsident Teleki die Möglichkeit attraktiv erscheinen, die traditionell konservativ orientierten Deutschen wieder ins Fahrwasser der Regierungspartei zu lenken – dies zu einer Zeit, als die rechtsradikalen Kräfte scheinbar unaufhaltsam auf dem Vormarsch waren. Teleki glaubte daran, mit Hilfe außenpolitischer Erfolge seine Regierung stabilisieren zu können.<sup>41</sup> Dabei die

<sup>39</sup> BÉLA BELLÉR (wie Anm. 26). Deshalb verlangte der VDU z.B. ein deutsches Priesterseminar, da in den vorhandenen eine schonungslose Magyarisierung stattfand, siehe PETER RUPERT, Erinnerungen eines ungarndeutschen Priesters, in: Suevia Pannonica. Archiv der Deutschen aus Ungarn 6 [16] (1988), S. 138–146.

<sup>40</sup> Günser Zeitung vom 27. November 1938,

<sup>41</sup> Notiz Büro des Unterstaatssekretärs vom 28. April 1939, PA AA, R 29971.

Unterstützung Berlins genießen zu können, war für den Erfolg dieses Plans entscheidend. Aus der Sicht der Volksbundführung war dieses Kooperationsangebot willkommen, da eben in Zusammenarbeit mit der Regierung die eigenen Ziele verwirklicht werden sollten. Die Minderheitenzeitschrift *Nation und Staat* verwies auf die Tradition der Siebenbürger Sachsen, die „ebenfalls immer unter der Fahne der ungarischen Regierungspartei, aber als deutschbewußte Volksvertreter in den Wahlkampf zogen.“<sup>42</sup> Von den drei Kandidaten, die vom VDU gestellt wurden und als Vertreter der Regierungspartei antraten, kamen nur zwei ins Parlament und die Wahlkampagne war ein schmerzlicher Beweis dafür, dass die Minderheitenfrage in der ungarischen Öffentlichkeit ein sobrisantes Thema und die Atmosphäre so vergiftet war, dass mittelfristig keine Wende abzusehen war. Dem Volksbundkandidaten im Wahlkreis Mohács, Konrad Mischung, wurde sogar von einem feindlich gesinnten Teil der Öffentlichkeit vorgeworfen, er sei „jüdischer Abstammung“ und ließe sich „aus jüdischen Geldern“ finanzieren.<sup>43</sup>

Deshalb arbeitete die Volksbundführung ein „Generationenprogramm“ aus. Nach ihrer Auffassung nämlich war die ungarische Öffentlichkeit über die Minderheitenfrage falsch informiert und es bedürfe einer bewussten Aufklärungsarbeit über die Ziele der deutschen Minderheit.<sup>44</sup> Mangelnde Kenntnis der Ziele der deutschen Minderheit auf Seiten der ungarischen Regierung war für Basch auch der Grund für die Verstümmelung der Satzung des VDU. Basch verließ sich aber auf die Zusage des Ministerpräsidenten Teleki, dieses für die Existenz der Organisation so wichtige Dokument nach und nach zu erweitern.<sup>45</sup> Trotzdem wollte die ungarische Regierung den VDU nicht als Emanzipationsbewegung der deutschen Minderheit verstehen, sondern sah ihn als eine vom Deutschen Reich aufgezwungene Organisation. Infolgedessen legte die ungarische Regierung größten Wert darauf, die Kontrolle über den VDU nicht zu verlieren. Insofern wurde das Bemühen der Volksbundführung, Forderungen zu mäßigen, seitens der ungarischen Regierung nicht als Tugend der Selbstbeschränkung, sondern als äußerste Zugeständnisse an die Minderheit betrachtet. Die Regierung in Budapest hielt aber gleichzeitig zwei Eisen im Feuer: Während zwischen Pintér und Basch Fusionsverhandlungen liefen, in deren Rahmen sie auf eine altbewährte Methode der Bethlenschen Zeit setzte, mobilisierte sie zugleich auch den politischen Katholizismus. Der katholische Burschenver-

<sup>42</sup> *Nation und Staat* (1939/40), S. 24.

<sup>43</sup> Deutscher Volksbote vom 28. Mai 1939.

<sup>44</sup> Basch-Prozess. Aussage von Miklós Mester, siehe BMDOI, V-128417/a.

<sup>45</sup> Basch-Prozess. Geständnis Baschs am 17. Oktober 1945, BMDOI, V-128417/a.

ein (KALOT) und andere Vereine sollten dem VDU den Wind aus den Segeln nehmen. In diesem Zusammenhang war es ein Akt der Verzweiflung, wenn Basch den Ministerpräsidenten um die Finanzierung des VDU bat.<sup>46</sup> Damit bot er der ungarischen Regierung die völlige Kontrolle über den Volksbund an.

Doch Teleki lehnte die Bitte nach finanzieller Unterstützung des VDU ab. Dies war die letzte Chance, den Einfluss auf den VDU im Rahmen einer Zusammenarbeit zu sichern. Teleki glaubte offensichtlich, Herr der Lage zu sein. Dabei verursachte die deutschfeindliche Stimmung den eigentlichen Aufschwung des VDU nach den Wahlen 1939. Die Ungarndeutschen sahen nunmehr tatsächlich im VDU ihre Interessenvertretung gegen die Schikanen der Behörden und den Terror der Gendarmerie. Nach Meldung des Obergespanns des Komitats Baranya traten vor allem jene Personen in den VDU ein, die auch dem Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein angehörten.<sup>47</sup> Es handelte sich also um Menschen, die ihre Zugehörigkeit zum Deutschtum auch nach außen deutlich machen wollten und den Volksbund als legitimen Nachfolger des Volksbildungsver eins sahen. Der zunächst erfolgreiche Krieg Deutschlands beflogelte schließlich auch die letzten Zögernden. Das Bewusstsein, Angehöriger des erfolgreichen deutschen Volkes zu sein, löste ungeheure Begeisterung aus – zumal viele Ungarn zu diesem Zeitpunkt ähnlich reagierten, da die Folgen der Pariser Vorortverträge für Ungarn revidiert worden waren.<sup>48</sup>

Der VDU trat anlässlich seiner Gründung mit dem Anspruch auf, innerhalb der deutschen Minderheit integrierend und nicht polarisierend zu wirken. Deshalb führten seine Vertreter Fusionsgespräche – allerdings erfolglos – mit dem Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein und unterbanden konfessionelle Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation. Doch dadurch, dass der VDU aufgrund seiner verstümmelten Satzung nur ein Kulturverein war, konnte er trotz eines enormen Zulaufs sein Ziel, alle Ungarndeutschen zu integrieren, nicht verwirklichen. Der Ausbau des VDU zu einer Volksgruppenorganisation, wenn auch unter erheblich anderen Umständen und einer anderen Zielsetzung als ursprünglich von dessen Leitung erwünscht, erfolgte erst in Verbindung mit weiteren Erfolgen für die ungarische Revisionspolitik im August 1940: Die Angliederung Nord-Siebenbürgens an Ungarn. Dabei wurde ein Gebiet von 43.500 Quadratki-

---

<sup>46</sup> Aufzeichnung aus dem Innenministerium. Ohne Datum, MOL, ME, K 28, Fasc. 109, Tit. 209.

<sup>47</sup> Meldung an den Innenminister vom 23. April 1941, Baranya Megyei Levéltár [Archiv des Komitats Baranya], 244/föisp. biz. 1941.

<sup>48</sup> Bericht des Deutschen Auslandsinstituts Bundesarchiv Koblenz (im folgenden: BArch Koblenz), R 57/neu 565.

lometern mit 2,7 Millionen Einwohnern an Ungarn angeschlossen, darunter eine große deutsche Minderheit in Gestalt der Siebenbürger Sachsen. Entscheidender als ihre bloße Zahl war jedoch, dass die Siebenbürger Sachsen über eine gut ausgebauten, schon nationalsozialistisch infiltrierte Volksgruppenorganisation verfügten, die sowohl die Volksgruppenführung als auch Berlin selbst unter ungarischer Oberhoheit bewahrt wissen wollte. Der Widerspruch in der Politik der Budapester Regierung bestand darin, dass sie sich trotz dieser Tatsache von vornherein auf die Kooperation mit den Siebenbürger Sachsen im Sinne der „historischen Tradition“ festlegte. Doch den Kampf um die Vorherrschaft über die Auslandsdeutschen gewann zu diesem Zeitpunkt in Deutschland nicht das Auswärtige Amt, sondern die der SS unterstellte VoMi. Diese setzte das Volksgruppenabkommen durch,<sup>49</sup> womit nicht nur der Status der Siebenbürger Sachsen geschützt, sondern deren Organisationsform auf die ganze deutsche Volksgruppe in Ungarn ausgedehnt werden sollte, denn im Abkommen wurde das „freie Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung“ ausdrücklich zugesichert.<sup>50</sup>

Das Abkommen war seit dem November 1937 die zweite große Niederlage der ungarischen Nationalitätenpolitik, nur diesmal mit weitreichenden Folgen, denn die Reichsstellen interpretierten es als Grundlage, um sich in Angelegenheiten der Volksgruppe einzumischen und sie in nationalsozialistischen Sinne zu infiltrieren, was auf eine Verletzung der Souveränität Ungarns hinauslief. Dieser Prozess sollte sich nach der Wiederangliederung der Batschka 1941 beschleunigen. Auch die dortige, im Kulturbund erfasste deutsche Volksgruppe verfügte über eine nationalsozialistisch geprägte Organisation, die sich bald mit der Politik der alten Volksbundsführung unzufrieden zeigte. Während Basch noch vor dem Zweiten Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 seine innere radikale Opposition sehr zum Wohlgefallen der ungarischen Regierung zurückdrängen konnte<sup>51</sup>, war der Druck seitens der Siebenbürger Sachsen und der Deutschen aus der Batsch-

<sup>49</sup> Stellvertretend für die umfangreiche Literatur zum Zweiten Wiener Schiedsspruch siehe FRIEDRICH CHRISTOF, Befriedung im Donauraum. Der Zweite Wiener Schiedsspruch und die deutsch-ungarischen diplomatischen Beziehungen 1939-1942, Frankfurt/M. 1998 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 790).

<sup>50</sup> Den vollständigen Text des Abkommens siehe in: Die Kriegsjahre, Bd. 3: 23. Juni bis 31. August 1940, hg. v. WALTER BUßMANN, Göttingen 1963 (= Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D: 1937-1945, 10), S. 482 ff.

<sup>51</sup> Die Lage der einheimischen deutschen Minderheit. Zur vertraulichen Information, nur zum internen Gebrauch. 11. Mai 1940, MOL, ME, K 28, Fasc. 95, Tit. 194. In diesem Schiedsspruch wurde die Teilung Siebenbürgens von Italien und dem Dritten Reich beschlossen und die Angliederung Nord-Siebenbürgens an Ungarn verfügt.

ka nicht mehr abzuwehren. Diese fanden nämlich in ihren Angriffen auf den „regierungsfreundlichen“ Volksgruppenführer Basch Rückhalt bei den Reichsstellen, allen voran bei der VoMi.

Mit den Gebietserweiterungen wurde die deutsche Volksgruppe in Ungarn die größte überhaupt in Südosteuropa, die Volksgruppenführung schätzte ihre Zahl auf 800.000 Personen.<sup>52</sup> Dies war ein Potential, das Berlin für seine Kriegsführung nutzen wollte. Das Dritte Reich wollte die deutschen Volksgruppen in Südosteuropa für seine Ziele instrumentalisieren und für die Kriegswirtschaft ausbeuten.<sup>53</sup> Es gab von Land zu Land unterschiedliche Varianten. Da in Ungarn die Umwandlung der Volkstums- in eine politische Volksgruppenorganisation erst äußerst spät, nämlich erst im Herbst 1940, überhaupt begonnen können und der zähe Widerstand der ungarischen Regierung nicht zu brechen war, konnte das erste Ziel nur sehr beschränkt durchgesetzt werden. Vehement forderten die Reichsstellen, allen voran die SS, die Ausbeutung der Volksgruppe für die Kriegswirtschaft.

Die stetig wachsenden Forderungen Berlins, die zwecks Wahrung der ungarischen Souveränität immer trickreicher lavierende Regierung in Budapest und die schwierige Position der deutschen Minderheit, die zwischen den beiden Mächten stand, bildeten die Leitmotive, die sich durch das Geschehen der folgenden vier Jahre ziehen sollten. Unmittelbar nach dem Wiener Volksgruppenabkommen schickte das SS-Hauptamt „Wirtschaftsberater“ für die deutsche Volksgruppe nach Budapest. Freie wirtschaftliche Entfaltung war keine neue Forderung der Minderheit, doch entpuppten sich diese Berater als Handlanger der SS im Dienste der Kriegswirtschaft. Da ihnen die Teleki-Regierung die Erlaubnis für ihren Einsatz verweigert hatte, arbeiteten sie illegal in Ungarn. Selbst 1942 hielt die SS die wirtschaftlichen Reserven in Ungarn noch „für weitgehend unausgeschöpft“.<sup>54</sup> So stellte z.B. der „Wirtschaftsexperte“ Wagener fest, dass in Ungarn nur 10% der Kapazitäten in der Molkereiwirtschaft erfasst seien, im Reich dagegen 80-95%. Nach den geheimen Ermittlungen der Reichsstellen befanden sich von den 1.300 ungarischen Molkereigenossenschaften

---

<sup>52</sup> BArch Koblenz, R 57/1391. Die Ergebnisse der Volkszählung vom Februar 1941 wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlicht. Demnach betrachteten sich in Rumpfungarn 478.414 Personen als deutsche Muttersprachler und 303.419 Personen bekannten sich zur deutschen Nationalität. Laut Basch teilte ihm ein Beamter des Ministerpräsidiuums vertraulich mit, dass im erweiterten Ungarn sich 740.000 Personen zur deutschen Nationalität und 950.000 zur deutschen Muttersprache bekannt hätten. Aufzeichnung Luthers am 13. Juni 1941, PA AA, Inland II. g. 272.

<sup>53</sup> BArch Berlin, R 43, II/1408 c.

<sup>54</sup> Kurzbericht über die Wirtschaftsarbeit der Volksdeutschen im Jahre 1942, PA AA, Inland II D, R 100533..

270 in den deutschen Dörfern. Dies bedeutete: 40% der ungarischen Molkereierzeugnisse wurden in 20% der bestehenden Genossenschaften und von 3% der Gesamtbevölkerung produziert. Zugleich erlebte die ungarische Milchwirtschaft seit 1937 einen starken Rückgang, innerhalb von vier Jahren sank ihre Produktivität um 56%.<sup>55</sup> Doch wirtschaftlich wesentlich interessanter als Rumpfungarn bewerteten die reichsdeutschen Fachleute die Batschka, wo die 200 vorhandenen und gut organisierten Erzeugergenossenschaften eine seriöse Grundlage für die Arbeit der „Berater“ boten. Mit Hinweis auf die Batschka-Klausel, wonach sich Ungarn nach Angleinerung der Batschka verpflichtet hatte, den wirtschaftlichen „Überschuss“ an Italien und Deutschland abzuliefern, schalteten sich die Vertrauensleute der VoMi in die Arbeit der Genossenschaften ein. So wurden insgesamt 38.000 Joch Ackerland für den Ölsaatenanbau bewirtschaftet, und der Ernteertrag konnte um das Vielfache gesteigert werden. Von den insgesamt 40.000 Tonnen Ernte wurden im Jahr 1942 25.000 Tonnen ins Reich geliefert. Die Lieferung wickelte die Reichsstelle für Milcherzeugnisse, Fette und Öle direkt mit der Genossenschaftszentrale Futura-Budapest ab.<sup>56</sup>

Die Errungenschaften aus dem Reich, die in Ungarn als fortschrittlich galten, stießen verständlicherweise auf Widerhall unter den Ungarndeutschen. Dies galt für so unterschiedliche Dinge wie die Mutterschutzgesetzgebung oder Kunstdünger. Die im Laufe des Krieges immer stärker von der Volksgruppenführung eingeforderte Opferbereitschaft jedoch entfremdete die Ungarndeutschen zunehmend dem VDU. Dazu zählen z.B. der Wirtschaftliche Kriegsdienst der Heimat (WKH), das Winterhilfswerk (WHW) oder die Kinderlandverschickung (KLV). Nichts verdeutlicht diesen Prozess der Entfremdung jedoch besser als die Waffen-SS-Werbungen. Das erste offizielle Waffen-SS-Abkommen wurde im Februar 1942 zwischen der ungarischen und der deutschen Regierung geschlossen. Die Propaganda für die vertraglich verabredete Anwerbung der Freiwilligen wurde „schnellstens“ und unter „Ausschluß der Presse“ vom VDU, die anschließende Musterung von deutschen und ungarischen Offizieren durchgeführt.<sup>57</sup> Während die erste Aktion tatsächlich überwiegend Freiwillige erfasst hatte, wurde während der zweiten Waffen-SS-Werbung 1943 vom VDU viel Druck ausgeübt, indem Männer oft mit Gewalt vor die Werbungskommissionen gezwungen wurden, um die vom Berlin georderte Zahl an „Freiwilligen“ zu erreichen.

<sup>55</sup> Vortrag von Wagener am 24. November 1942, PA AA, Inland II D, R 100533.

<sup>56</sup> Bericht Wagners, ebd.

<sup>57</sup> Jagows Bericht vom 20. Februar 1942, in: A Wilhemstraße és Magyarország. Német diplomáciai iratok Magyarországról 1933-1944. [Die Wilhelmstraße und Ungarn. Deutsche diplomatische Akten über Ungarn 1933-1944], hg. v. GYÖRGY RÁNKI, ERVIN PAMLÉNYI, LORÁNT TILKOVSZKY u. GYULA JUHÁSZ, Budapest 1968, Nr. 479.

ligen“ zur Verfügung zu stellen. Dies führte zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Volksbundfunktionären und -mitgliedern, zumal den Angeworbenen, die in Ungarn ihre Familien zurückließen, nicht einmal die versprochenen deutschen Fürsorgesätze ausbezahlt werden konnten. Die dritte Zwangsrekrutierung im Jahre 1944 wurde ohne die propagandistische Hilfe des Volksbundes, sogar unter massivem Einsatz der ungarischen Gendarmerie durchgeführt.<sup>58</sup> Reichsdeutsch-ungarndeutsche Waffenbrüder-  
schaft, aus der Sicht vieler Ungarndeutscher ein Zeichen von Solidarität mit Angehörigen der eigenen Nationalität, entpuppte sich zu oft als Illusion und bittere Enttäuschung. Den Ungarndeutschen wurde von reichsdeutscher Seite ein Mangel an „rassischem Selbstbewusstsein“ und deren Religiosität in der Form der Volksfrömmigkeit zum Vorwurf gemacht.<sup>59</sup>

„Ahnenforschung“ war auch unter den Ungarndeutschen betrieben worden, allerdings niemals in der erschreckenden, ganz auf rassistische Selektion gerichteten Form, wie sie im Zusammenhang mit den Waffen-SS-Werbungen durchgeführt und von den zuständigen Einrichtungen im Reich sorgsam vorbereitet wurde.<sup>60</sup> Diese „Ahnenforschung“ hatte mit „Familienforschung“ nichts mehr zu tun und auch die Frage der Assimilation oder Dissimilation bekam eine ganze andere Bedeutung und Richtung. Nach Auffassung der nationalsozialistischen Forscher sollte nämlich ein jeder dissimiliert („zurückgedeutscht“) werden, der deutscher Abstammung war. In Ungarn, wo die Assimilation mehr als salonfähige, staatliche Politik war, hätte dies unter anderem auch zu radikalen Umwälzungen der gesamten Gesellschaft führen können.<sup>61</sup> Diese Politik entsprach aber auch nicht den Vorstellungen der Volksgruppenführung, die als Interessenvertretung der Minderheit ausdrücklich eine defensive Volkstumspolitik befürwortete und die vom Reich verlangte, radikale Dissimilierungspolitik vermied, die naturgemäß eine Konfrontation mit der Budapester Regierung bedeutete. Dieses 1941/42 noch eher unterschwellig vorhandene, doch im Laufe der Zeit rapid zunehmende Konfliktpotential machte deutlich, dass die Existenzberechtigung des VDU solange nicht in Frage gestellt wurde, wie die Budapester und die Berliner Regierungen Einigkeit demonstrierten.

---

<sup>58</sup> Kopien der drei Waffen-SS-Abkommen siehe u. a. in: BMDOI, A-699.

<sup>59</sup> Meldung der SS-Gebirgsdivision Nord vom 5. Oktober 1942, PA AA, Inland II g. 325, Bd. I.

<sup>60</sup> Aufzeichnung Hellers, PA AA, Inland II D, R 100533.

<sup>61</sup> *Pars pro toto* sei nur das Problem Militär erwähnt. Ein äußerst großer Anteil der Offiziere war deutscher Abstammung. Infolge der deutschen militärischen Siege erklärten sich ungarische Offiziere gegenüber der deutschen Gesandtschaft in Budapest bereit, zu deutschen Streitkräften überzuwechseln.

Doch auch ein tiefer Zwiespalt innerhalb der Minderheit war ein letztlich unlösbare Problem. Die Grenze zwischen „Volkstumsschutz“ und nationalsozialistischer Ideologie – laut Propaganda der Volksgruppenführung der eigentliche Garant und Hüter der „Volkstumsrechte“ – war viel zu schwammig, um vom Einzelnen wahrgenommen werden zu können. Ideologisch mobilisierbar war die Volksgruppe ohnehin nicht<sup>62</sup>, wobei deutliche regionale Unterschiede zwischen dem früheren Rumpfungarn und Nord-Siebenbürgen bzw. der Batschka festzustellen sind. Die Entfremdung zwischen Minderheit und Volksgruppenführung nahm deutlich zu, nachdem die eigentlichen Bedürfnisse der Minderheit infolge des Krieges immer offensichtlicher auf der Strecke geblieben waren. Da die politische Partizipation der Minderheit sowohl von Budapest als auch von Berlin nicht gewünscht wurde, verfügte die Volksgruppenführung über keinerlei Machtinstrumente, den speziellen Bedürfnissen der Minderheit nachzukommen. Nichts verdeutlicht die Ohnmacht der Minderheit besser als die „Widerstandsanregungen“. Lokale Unzufriedenheit vermochte sich bis auf eine Ausnahme nicht zu organisieren. Diese Ausnahme bildete die so genannte Treuebewegung, eine katholische Widerstandsgruppe, die nicht nur gegen den Volksbund, sondern auch für die Assimilation eintrat, die sich allerdings erst dann entfalten konnte, nachdem ihr die politische Polizei die notwendigen Rahmenbedingungen gewährt hatte.<sup>63</sup> Das nicht zu unterdrückende Unruhepotential unter den Ungarndeutschen wurde im Dienste der „Schaukelpolitik“ der Budapester Regierung, d.h. bei gleichzeitiger Beteuerung der Bündnistreue gegenüber dem Dritten Reich und der Kontaktssuche zu den Alliierten, instrumentalisiert, was auch die Propaganda der Treuebewegung gegen den für die Minderheit selbst inakzeptablen ungarischen Nationalismus erklärt.<sup>64</sup>

Der VDU blieb unter dem Strich in jeder Hinsicht ein Torso: Er konnte seiner eigenen Zielsetzung, geistige, kulturelle, politische, wirtschaftliche und soziale Heimstätte aller Deutschen in Ungarn zu sein, nicht gerecht werden. Weder die gesellschaftliche, noch die politische Emanzipation der Minderheit konnte er durchsetzen, obwohl er genau mit diesem Anspruch gegründet worden war. Mit der nur in Ansätzen erfolgten Umwandlung in

<sup>62</sup> Zum gleichen Ergebnis kommt JOACHIM KÜHL, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, in: Südostdeutsche Heimatblätter (1955), S. 117-149.

<sup>63</sup> Andere Konturen hatte die Gruppe um den Pfarrer Adam Berencz in der Batschka, wobei deren Zusammenarbeit mit der Treuebewegung darauf hinweist, dass beide von staatlichen Behörden unterstützt und gesteuert wurden.

<sup>64</sup> Als Literatur zur Treuebewegung siehe ISTVÁN FEHÉR, A bonyhádi húsgémozgalom történetéhez [Zur Geschichte der Treuebewegung in Bonyhád], Budapest 1983; NORBERT SPANNENBERGER, Die „Treuebewegung“. Mythos und Wirklichkeit einer „ungarndeutschen“ Untergrundbewegung, in: Südostdeutsches Archiv 40/41 (1997/98), S. 107-132.

eine nationalsozialistische Volksgruppenorganisation ab 1941, wobei der Person des Volksgruppenführers Franz Basch eine besondere Bedeutung zukam, vermochte der VDU auch die Erwartungen Berlins nicht zu erfüllen.<sup>65</sup> Darüber konnten auch solche Veranstaltungen, wie der „Führergeburtstag“ im April 1944 in Bonyhád – also nach der Besetzung Ungarns – nicht hinweg täuschen, auf dem diese vom Reich verlangte Einigkeit demonstriert werden sollte.<sup>66</sup> Die darauf folgende dritte Waffen-SS-Zwangsrekrutierung enthüllte schließlich unwiderlegbar die brutale Machtpolitik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen Minderheit in Ungarn.

Aus der Sicht der Budapester Regierung war der VDU seit dem August 1940 nicht nur ein Risikofaktor, sondern eine geradezu zu bekämpfende Einrichtung. Die Diskussion um die radikalste Lösung der „deutschen Frage“, die Aussiedlung, hing die ganze Zeit wie ein Damoklesschwert über der deutschen Minderheit. Hier schloss sich der Kreis, denn aus der gleichen Überlegung heraus, nach der die deutsche Minderheit ein Unruhepotential in Ungarn bildete, war auch die Berliner Regierung nicht abgeneigt, die Volksgruppe geschlossen auszusiedeln. Hitlers unverbindliche Andeutungen wurden in Ungarn für bare Münze genommen und mittels wohlüberlegter Propaganda der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht. Außer den Waffen-SS-Werbungen hatte genau dieser Plan die folgenschwersten Auswirkungen auf den VDU, machte er doch allzu deutlich, dass die Auseinandersetzung zwischen den beiden Regierungen den Handlungsspielraum der gesamten deutschen Minderheit in Ungarn und nicht nur des Volksbundes prägte und bestimmte und diese zum Objekt der Machtpolitik dieser beiden Akteure werden ließ. Der *grand old man* der ungarischen Politik, István Bethlen, wies schon Ende 1940 darauf hin, dass die Ungarn-deutschen zwischen zwei „Mühlsteinen“ zerrieben werden könnten.<sup>67</sup> Die Berliner und die Budapester Regierungen erwiesen sich tatsächlich als solche Mühlsteine. Spätestens seit der Vertreibung wurde die deutsche Minderheit in der ungarischen Öffentlichkeit mit dem VDU assoziiert und kollektiv verurteilt.

---

<sup>65</sup> Eine nuancierte Ausführung dieses Problems würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen. Deshalb verweise ich lediglich auf die bereits zitierte Publikation der Akten des Volksgerichtsprozesses gegen Franz A. Basch, Volksgruppenführer der Deutschen in Ungarn (wie Anm. 25).

<sup>66</sup> Der Bericht über die „Landesgroßkundgebung“ in: Deutscher Volksbote vom 28. April 1944, S. 1.

<sup>67</sup> Horthy Miklós titkos iratai [Geheimakten von Miklós Horthy], hg. v. MIKLÓS SZINAI u. LÁSZLÓ SZÜCS, Budapest 1962, S. 209.